

KOALITIONSVERTRAG

CDU + DIE GRÜNEN
2006 – 2011

Frankfurt am Main, im Mai 2006

Präambel

Bildung, Kultur und Freizeit

Wirtschaft, Flughafen und Finanzen

Stadtverwaltung, Verwaltungsreform und Gleichberechtigung

Soziales und Wohnen

Stadtentwicklung und Verkehr

Umwelt und Gesundheit

Sicherheit

Integration

Tolerantes Frankfurt

Ortsbeiräte und Bürgerbeteiligung

Präambel

Die Frankfurter Wählerinnen und Wähler haben bei der Kommunalwahl am 26. März 2006 entschieden, CDU und den GRÜNEN eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zu geben. Wir nehmen diesen Wählerauftrag an. In einer Koalition wollen wir die Geschicke der Stadt lenken und Frankfurt weiter entwickeln.

Grundlage ist der Koalitionsvertrag. CDU und GRÜNE wollen Frankfurt für die Herausforderungen der Zukunft stärken. Dazu setzen wir deutlich neue eigene Akzente. Die bisherigen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung erkennen wir an, modifizieren sie jedoch an manchen Stellen.

Beide Partner tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben.

Unter Vorsitz der direkt gewählten Oberbürgermeisterin werden dem Magistrat die Bürgermeisterin sowie acht hauptamtliche Stadträte angehören. Davon erhalten die CDU sechs und DIE GRÜNEN drei Positionen. Die FDP ist eingeladen auch zukünftig für die Dauer der Wahlperiode im Magistrat mitzuarbeiten.

Bildung, Kultur und Freizeit

Frankfurt am Main soll in den nächsten fünf Jahren zu der Familienstadt in Deutschland werden. Dazu gehört nicht zuletzt ein hervorragendes Bildungsangebot – und Bildung beginnt für uns nicht erst in der Schule. Nur exzellente Bildung und Ausbildung ermöglichen es, wirtschaftlich wie kulturell den internationalen Wettbewerb zu bestehen. Durch nachhaltige Investitionen in die Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem erweiterten Bildungsdezernat werden wir dies erreichen.

Wir werden die Zahl der Kinderbetreuungsplätze weiter erhöhen und zwar gerade auch für unter 3-Jährige. Die Intensivierung und qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung ist ebenso Bestandteil dieses Konzepts wie das gebührenfreie Angebot des letzten vorschulischen Kindergartenjahres. Zu diesem Zweck werden die Erzieherinnen- und Erzieherstellen von 1,5 auf 2 je Kindergartengruppe erhöht. Wir werden darüber hinaus eine Initiative ergreifen zur Fort- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften in Kindertagesstätten und Grundschulen.

Der Schulentwicklungsplan für Allgemeinbildende Schulen wird fortgeschrieben. Die breit gefächerte Bildungslandschaft Frankfurts mit Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien ist dabei genauso zu sichern wie ein ausreichendes Angebot an kooperativen und integrierten Gesamtschulen. Die Hauptschulen werden dadurch besonders gefördert, dass hier überall Schulsozialarbeit und ganztägige Angebote etabliert werden. Ziel ist es, durch stärkere Praxisorientierung die Abschlussquote zu erhöhen und bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erreichen. Eine Kooperation zwischen Hauptschulen und Realschulen wird angestrebt. Für den Ausbau von Gesamtschulen werden vor dem Hintergrund einer gesamtstädtisch

sinnvollen Schulorganisation sowohl der Elternwille als auch der Wille des jeweiligen Stadtteils, also der Ortsbeiräte, als Kriterien einbezogen. Auch das Angebot an Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung wird ausgebaut. Für einen modernen naturwissenschaftlichen Unterricht wollen wir ein neues Fachraumprogramm mit einem Volumen von 10 Millionen Euro auflegen. Zur deutlichen Verbesserung der baulichen Situation der Frankfurter Schulen ist ein Investitionsprogramm „Unsere Schulen können sich sehen lassen“ mit einem aufgestockten Bauunterhaltungsprogramm von jährlich 25 Millionen Euro vorgesehen.

Einen besonderen Schwerpunkt sehen wir in der Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Daher werden wir unter anderem so genannte Elternschulen als Instrument gegen Bildungsbenachteiligung von Kindern aus solchen Familien einrichten.

Für eine Bildungsoffensive ist die Intensivierung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe unabdingbar. Im einem ersten Schritt wird eine Arbeitsgruppe von Schulamt und Jugendhilfe gebildet, die umgehend Unterstützungsangebote (z.B. Schulsozialarbeit) für Schulen einrichtet. Im zweiten Schritt wollen wir dann relevante Teile des früheren Jugendamtes unter Mitwirkung des Personal- und Organisationsamtes ins Bildungsdezernat eingliedern.

Damit sich Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten, kreativen und neugierigen Menschen entwickeln können, sind kulturelle Bildung und ästhetische Erziehung unabdingbare Mittel. Deshalb ist verstärkte kulturelle Arbeit bereits in frühkindlichen Erziehungseinrichtungen und in der Schule notwendig. Aber auch Kinder- und Jugendarbeit in den Kulturinstitutionen sind dabei unerlässlich. Die bestehende Kooperation von Bildungsdezernat und Kulturdezernat wird erweitert und mit neuen Komponenten ergänzt. Denn Kinder und Jugendliche sind das künftige Publikum unserer Museen und Theater.

Frankfurts Ansehen ist in hohem Maße durch sein Kulturangebot begründet. Keine andere Stadt verfügt über eine solche Vielfalt kultureller Einrichtungen: das Museumsufer, die Städtischen Bühnen, die Alte Oper, den Kunst-, Musik- und Literaturbereich. Dieses weite Spektrum wollen wir auf hohem Niveau gewährleisten und verstärkt profilieren. Wir sind überzeugt, dass Kultur von essenzieller Bedeutung für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft ist, sowohl für die Einzelnen als auch für die Gemeinschaft. Außerdem ist Kultur ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte. In Frankfurt sind Schätze vorhanden, die teilweise noch nicht angemessen präsentiert werden.

So verfügt das Museum der Weltkulturen über eine große Sammlung von herausragender Bedeutung, die aufgrund der räumlichen Enge nur unzureichend ausgestellt werden kann. Daher streben wir eine Erweiterung dieses Museums im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an.

Nach dem Erwerb von Werken der „Neuen Frankfurter Schule“ müssen diese der Öffentlichkeit so bald möglich zugänglich gemacht werden. Das Leinwandhaus soll zunächst im Erdgeschoss und 2.Stock Domizil des künftigen Karikaturenmuseums werden. Teile des durch den Umzug dieser Sammlung frei werdenden Raums im Historischen Museum sollen dann dem Thema „Auschwitz-Prozess“ als historisch wichtiger Zäsur in der bundesdeutschen Geschichtsaufarbeitung gewidmet werden.

In einer Stadt wie Frankfurt bietet sich überdies die intensive kulturelle Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Institutionen an, besonders mit den Geisteswissenschaften. Das soll verstärkt werden.

Wir wollen Frankfurts Stellung als Sportstadt weiter festigen und allen Sporttreibenden sowohl im Vereins-, Leistungs- und Spitzensport als auch im Schul- und Breitensport gute Bedingungen bieten. Dazu gehört die verlässliche Förderung der zahlreichen Frankfurter Sportvereine genauso wie die Bereitstellung und der Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Sport- und Freizeitstätten. Auch die Akquisition weiterer Sportveranstaltungen – ggf. gemeinsam mit der Region – gehört dazu.

Wir wollen das ehrenamtliche Engagement der Frankfurterinnen und Frankfurter weiter fördern und neben der Ehrenamtskarte weitere Möglichkeiten zur Würdigung und Förderung des Ehrenamtes prüfen.

Der Flohmarkt bleibt an seinem bisherigen Standort am Mainufer. Um die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner und der dortigen Museen stärker zu berücksichtigen, findet der Flohmarkt alle zwei Wochen statt.

Wirtschaft, Flughafen und Finanzen

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankfurts ist ein starker Flughafen unverzichtbar. Um im europäischen Wettbewerb nicht zurückzufallen und die Position als führender Luftverkehrsstandort in Deutschland zu behalten, muss der Flughafen angesichts massiver Konkurrenz seine Kapazitäten der internationalen Luftfahrtentwicklung anpassen. Dabei ist dem berechtigten Interesse der Menschen im Rhein-Main-Gebiet an einer lebenswerten Umwelt Rechnung zu tragen. Dies kann unter anderem durch Lärmschutzmaßnahmen, ein Nachtflugverbot, den Schutz des Trinkwassers, sowie die Optimierung der An- und Abflugrouten und Startverfahren geschehen.

Beide Koalitionspartner erkennen den grundsätzlichen Dissens in dieser Frage an: Die CDU hält eine Ausweitung der Flughafenkapazitäten durch den Bau einer neuen Landebahn im Nordwesten für unabdingbar. Für DIE GRÜNEN ist eine Kapazitätserweiterung nur innerhalb der gegenwärtigen Flughafengrenzen akzeptabel. Diese Beschränkung auf die heutigen Grenzen bezieht auch die Flächen der ehemaligen US-Air-Base sowie der Cargo-City und die Fläche der künftigen Wartungshalle für den Airbus A-380 ein.

Auf der Basis des gemeinsamen Verständnisses der Koalitionspartner, keine Abstimmungsmehrheiten außerhalb der Koalition zuzulassen, wird folgendes Verfahren vereinbart:

- Aus der Koalition heraus erfolgen keine parlamentarischen Initiativen, die den Ausbau des Frankfurter Flughafens durch den Bau einer neuen Landebahn im Nordwesten befördern.
- Aus der Koalition heraus erfolgen auch keine parlamentarischen Initiativen, die einen Ausbau des Frankfurter Flughafens außerhalb seiner heutigen Grenzen

behindern.

- Die Koalitionspartner enthalten sich bei parlamentarischen Initiativen, die den Ausbau des Frankfurter Flughafens betreffen, in dem Bewusstsein, dass solche Initiativen aufgrund der bereits geltenden Beschlüsse keine praktischen Auswirkungen haben können.

Darüber hinaus wollen wir Frankfurt als internationalen Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort ausbauen. Die Rolle der Stadt als zentraler Finanzplatz in Deutschland und Europa ist zu stärken. Die Wirtschaftsstruktur muss in ihrer Vielfalt weiter gefördert werden. Die Frankfurter Wirtschaftsförderung wird nach der bereits erfolgten Gründung der regionalen Standortmarketinggesellschaft zu einem leistungsfähigen Instrument auf lokaler Ebene ausgebaut.

Die Stadt wird ihre Möglichkeiten konsequent nutzen, um Firmen der Medien-, IT-, Umwelt- und Biotechnologiebranche sowie weitere Dienstleistungsunternehmen in Frankfurt anzusiedeln. Daher werden wir die Gewerbesteuer zum 1. Januar 2007 um 30 Punkte auf 460 Punkte senken. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Die Zahl der gewerbesteuerzahlenden Betriebe soll auf Sicht wachsen und damit die Einnahmefähigkeit für diese Abgabe verbreitern.

Weitere Anreize für neue Investitionen und Hilfestellung für Unternehmensansiedlungen in Frankfurt sollen so genannte Verwaltungslotsen im Rathaus durch eine bessere, zentrale Betreuung hier ansässiger oder ansiedlungswilliger Unternehmen geben. Um gerade auch Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer mit Migrationshintergrund für den Weg in die Selbständigkeit zu gewinnen, wird beim Existenzgründungszentrum „Kompass“ ein spezielles Programm entwickelt und gefördert.

Frankfurts Position als Wissenschaftsstadt wollen wir durch die weitere Förderung des Ausbaus der Goethe-Universität stärken: Für die anstehenden Bauvorhaben werden zügig alle erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Die städtischen Finanzen müssen auf Dauer konsolidiert werden. Die Haushaltsführung folgt weiterhin diesem Gebot. Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt, also bei laufenden Einnahmen und Ausgaben, müssen mittelfristig vermieden werden, um zu einem nachhaltigen Abbau des Defizits zu kommen.

Freiwillige Leistungen der Stadt sind danach zu bewerten, ob sie politisch gewünschte Entwicklungen vorantreiben oder ob sie geeignet sind, als Prävention höhere Folgekosten zu vermeiden. Dies kann der Fall sein, wenn sie dem sozialen Zusammenhalt dienen oder die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Frankfurt stärken. Dann ist im Einzelfall auch der Ausbau von Programmen oder Projekten in einem finanziell sinnvollen Rahmen vertretbar. Investitionen sind auch unter Inkaufnahme einer maßvollen Nettoneuverschuldung möglich, wenn sie der Vermögenssicherung dienen, so zum Beispiel für die Bauunterhaltung bei Schulen, Kindertageseinrichtungen, öffentlichen Gebäuden, Straßen, Wegen und Plätzen.

Zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Frankfurt wird ein kommunales Konjunkturprogramm aufgelegt, das alleine durch die Anhebung der Bauunterhaltung im Schulbereich einen Investitionsumfang von rund 30 Millionen Euro über die Wahlperiode besitzt. Dabei werden Investitionen in substanzerhaltende

Bauvorhaben und den barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude vorgesehen. Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge sollen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um die Bewerbung der hier ansässigen kleineren und mittelständischen Unternehmen vermehrt zu fördern. Das stärkt die Wirtschaft in der Region Frankfurt/Rhein-Main und führt damit auch zu höheren Steuereinnahmen für die Stadt. Die Veröffentlichung aller Ausschreibungen sowie Ausschreibungsunterlagen und Teilnahmeanträge im Internet soll ebenfalls Teil dieses Konjunkturprogramms sein.

Stadtverwaltung, Verwaltungsreform und Gleichberechtigung

Unser Ziel ist es auch, die Stadtverwaltung zu modernisieren. Dabei wollen wir die Ämter neu strukturieren und Personalkosten reduzieren. Frei werdende Stellen im höheren Dienst sollen insbesondere im Rahmen eines Traineeprogrammes für Nachwuchskräfte besetzt werden. Dafür können sich auch geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Dienstes (Tarifgruppen A12, A13) bewerben. Einstellungs- und Aufstiegsverfahren des höheren Dienstes sind nur mit Zustimmung des Magistrats zulässig. Der Grundsatz „Umsetzung geht vor Einstellung“ gilt weiter. Um dabei eine höhere Effizienz zu erzielen, werden die Aktivitäten im Bereich der Personalentwicklung verstärkt. Auf diese Weise wird die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für neue Aufgaben und Umschulungen ermöglicht.

Die Stadtverwaltung wird das Audit „Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung durchführen.

Zu den Voraussetzungen für eine solidarische Modernisierung der Gesellschaft gehört auch Geschlechtergerechtigkeit. Wir werden daher eine offensive Gleichstellungspolitik verfolgen. Dazu gehört die nachhaltige Umsetzung des Gender Mainstreaming auch im Rathaus. Frauenförderung wird als Qualitätsmerkmal in der Stadtverwaltung verankert. Der Frauenanteil bei Führungspositionen soll erhöht und als gesellschaftliches Vorbild für die Unternehmen der Stadt herausgestellt werden.

Die Stadt unterstützt weiterhin Initiativen zur Frauenförderung besonders im Bereich der beruflichen Bildung und Arbeitsmarktintegration. Besonderes Augenmerk gilt auch der Förderung von Migrantinnen. Das Frauenreferat muss weiterhin qualifizierte Arbeit leisten können. Wir werden außerdem dafür Sorge tragen, dass die interkulturelle Kompetenz in der Stadtverwaltung weiter erhöht wird und künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung arbeiten.

Die Informationstechnik wird auf der Basis einer fundierten Kosten-Nutzenrechnung zentralisiert und modernisiert. Dabei wird Kompatibilität zwischen den Dezernaten, Ämtern und Behörden hergestellt.

Mit dem Personalrat wird mit dem Ziel einer neuen Dienstvereinbarung über die Themen der ausgelaufenen Dienstvereinbarung 183 verhandelt.

In Wahrnehmung ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung geht die Stadt eine Selbstverpflichtung ein, weiterhin über ihren Bedarf hinaus auszubilden, allerdings ohne Übernahmegarantie für die Absolventinnen und Absolventen.

Soziales und Wohnen

Um Frankfurt weiterhin als soziale Stadt zu sichern, wird der „Vertrag für den Sozialen Frieden“ fortgeschrieben. Seine Inhalte werden an den aktuellen sozialpolitischen Bedürfnissen und Entwicklungen bis 2011 und darüber hinaus ausgerichtet.

Dabei ist für uns die besondere Förderung von Familien und die Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfe genauso wichtig wie die Anpassung der Altenpolitik an die demografische Entwicklung Frankfurts und eine Neukonzeption der Angebote in der Altenhilfe, die sich nicht an überkommenen Altenbildern orientiert. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in Würde alt werden und dazu gehört ein so lange wie möglich selbstbestimmtes Leben. Geeignete Instrumente, um dies zu unterstützen, sind die gezielte Förderung von Wohngemeinschaften, Mietzuschüsse und Renovierungshilfen, kleine, überschaubare stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen und Einkaufshilfen in Stadtteilen mit schlechter Einzelhandelsstruktur.

In Neubaugebieten muss die jeweils erforderliche soziale Infrastruktur zeitnah, möglichst gleichzeitig mit dem Bezug der Quartiere fertig gestellt werden. Dabei ist die bestehende Infrastruktur in benachbarten Stadtteilen zu berücksichtigen und in die Planungen für die Neubaugebiete einzubeziehen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, dass Einrichtungen im Hinblick auf die demografische Entwicklung konzipiert werden, also zum Beispiel Kinderbetreuungseinrichtungen bei verändertem Bedarf später auch als Jugendeinrichtungen, Bürgertreff oder ähnliches genutzt werden können. Gleichzeitig sind bestehende Doppel- oder Mehrfachangebote unter enger Vernetzung der jeweiligen Träger und der Stadt abzubauen.

Bei Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten wird die Stadt Frankfurt ein spezielles Augenmerk darauf richten, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Um den Erfolg besser bewerten und gegebenenfalls gezielt Änderungen vornehmen zu können, wird wieder eine kommunale Arbeitsmarktberichterstattung eingeführt.

Unser Ziel ist ein stabiler, allen Bevölkerungsschichten zugänglicher, nutzerorientierter Wohnungsmarkt, der auch für Familien mit Kindern attraktive Angebote bereithält und auf den demografischen Wandel vorbereitet ist.

In den nächsten fünf Jahren wird der Wohnungsanteil in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Quartieren weiter erhöht. Dazu soll die Umwandlung von Büroraum in Wohnungen vorangetrieben werden und eine Erhöhung des Wohnanteils in Plangebieten erfolgen. Die städtischen Wohnungsbauunternehmen werden angehalten, wieder mehr in den Neubau investieren. Genossenschaftliche Modelle und private Baugruppen sowie das individuelle Bauen werden verstärkt gefördert. Programme zum Eigentumserwerb für junge Familien werden fortgeführt.

Um mehr familien- und seniorengerechte Wohnungen zu schaffen, werden die kommunalen Fördergelder um 10 Millionen Euro aufgestockt. Alle Förderrichtlinien werden mit dem Ziel überarbeitet, künftig nach Möglichkeit nur noch barrierefreies Bauen im Passivhausstandard zu fördern. Um auch private Investoren zum Bau seniorengerechter Wohnungen zu ermutigen, gibt die Stadt Frankfurt eine detaillierte Bedarfsanalyse in Auftrag.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften unter dem Dach der ABG Frankfurt Holding agieren wirtschaftlich und sozial verantwortlich. Innerhalb des Unternehmens wird deshalb geprüft, in welchen Wohngebieten künftig ein fünfprozentiger Abstand zu den Preisen des Mietspiegels eingehalten werden sollte. Zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums wird der Verkauf städtischer Wohnungen an Mieterinnen und Mieter fortgeführt. Eine Veräußerung städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder von Teile dieser Unternehmen an private Investoren ist dagegen ausgeschlossen.

Stadtentwicklung und Verkehr

Wir wollen Frankfurt mit seinem historisch gewachsenen Stadtbild, seiner funktionierenden Innenstadt und den lebendigen Stadtteilen schützen und gleichzeitig weiterentwickeln.

Die Attraktivität der Innenstadt soll durch eine Aufwertung des gesamten Areals zwischen Zeil und Mainufer in den nächsten fünf Jahren gestärkt werden. Das umfasst eine Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raums, behutsame Nachverdichtung und die Schaffung von mehr Wohnraum. Um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhöhen, wird der Straßenabschnitt zwischen Katharinenkirche und Biebergasse zur Fußgängerzone umgestaltet. Die finanziellen Mittel dafür werden im Haushalt 2007 bereit gestellt. Das Erscheinungsbild der Zeil zwischen Hauptwache und Konstablerwache wird durch ein neues Gestaltungs- und Beleuchtungskonzept verbessert, das die Sanierung der bestehenden Pavillons einschließt und die charakteristischen Baumreihen weitestgehend erhält. Die Stichstraßen zur Zeil und ihre Parallelstraßen erfahren ebenfalls eine Aufwertung. Die Wegebeziehungen in Nord-Süd-Richtung werden verbessert. Ein entsprechendes Konzept wird in der zweiten Jahreshälfte 2006 vorgelegt. Die nördliche Mainuferstraße (Mainkai/Untermainkai) wird zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke in einem Tunnel geführt. Dadurch entsteht oberirdisch am Eisernen Steg eine der schönsten Uferpromenaden Deutschlands. Die Altstadt Frankfurts rückt damit wieder an den Main.

Anstelle des heutigen Technischen Rathauses soll ein gemischtes, kleinteiliges und lebendiges Quartier mit vielen Wohnungen, aber auch mit Läden, Lokalen, kulturellen und sozialen Nutzungen entstehen. Die Stadt wird das Gelände zwischen Dom und Römer zurückkaufen. Dort werden, ausgerichtet am historischen Stadtgrundriss, möglichst kleine Grundstücke gebildet, damit viele verschiedene Stadthäuser realisiert werden können. Für die Neubebauung wird in Anlehnung an die bauliche Tradition der Frankfurter Altstadt eine Gestaltungssatzung erarbeitet, die Vorgaben zu Baumaterialien, Stockwerkshöhen und Dachformen macht. Einige wenige, historisch bedeutsame Gebäude sollen rekonstruiert und zeitgemäß genutzt werden. Der Archäologische Garten bleibt öffentlich zugänglich. Die Neubebauung entlang der Braubachstraße orientiert sich in ihrer Gestaltung an den umliegenden Gebäuden. Mittels einer moderierten Planungswerkstatt wird ein breites Spektrum an Fachleuten, Bürgerinnen und Bürgern an der detaillierteren Planung der künftigen Nutzung und Bebauung beteiligt.

Wir werden ein neues Brunnenprogramm auflegen, um alle Brunnen in der Stadt zu sanieren und wieder zum Fließen zu bringen.

Unter dem Titel „Zu Hause im Stadtteil“ wird ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der städtebaulichen Situation in den Frankfurter Stadtteilen aufgelegt. Ziel ist die Verschönerung von Ortskernen, Plätzen, Wegen, Anlagen und Straßen in enger Kooperation mit den zuständigen Ortsbeiräten. Der Einzelhandel in den Stadtteilen soll geschützt und gestärkt werden.

Die den Denkmalschutz ergänzenden Erhaltungssatzungen und das Instrument der Milieuschutzsatzung werden vor dem Hintergrund der Novellierung der hessischen Bauordnung bis September 2006 auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls mit dem Ziel größerer Verbindlichkeit überarbeitet.

Ein wesentlicher Aspekt der Stadtentwicklung ist die Verkehrspolitik. Hier wollen wir in den nächsten fünf Jahren für die zügige Verwirklichung wichtiger Verkehrsplanungen und –projekte sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei nicht nur um das „Was“, sondern auch verbindlich um das „Wer, wie und wann“ wissen. Dieser Grundsatz gilt für alle die städtische Mobilität betreffenden Verkehrsträger. Wir sind für ein Miteinander von Öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr, von Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Deshalb setzen wir auf einen attraktiven ÖPNV, ein leistungsfähiges Straßennetz, genügend Radwege und auch eine Lobby für Fußgänger.

Um das Zu-Fuß-Gehen sicherer und angenehmer zu machen, hat Frankfurt im Vergleich zu anderen europäischen Städten einigen Nachholbedarf. Dafür wollen wir die Ergebnisse des zur Zeit laufenden Pilot-Projektes „Nahmobilität im Nordend“ nutzen und mit den Ortsbeiräten und weiteren interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen Hindernisse für Fußgängerinnen und Fußgänger zügig aus dem Weg räumen. Es soll Freude machen, in der Stadt zu Fuß unterwegs zu sein. Gleichzeitig wollen wir die Verkehrsberuhigung in den Stadtvierteln stärker an den Interessen von Kindern ausrichten und ihnen beispielsweise durch die Einrichtung von Spielstraßen einen sicheren Raum zum Spielen vor der Haustür geben.

Für die Entwicklungsperspektiven im motorisierten Individualverkehr, im Fuß- und Radverkehr sowie für die Mobilität mit Bussen und Bahnen bildet der beschlossene Gesamtverkehrsplan die Grundlage. Darüber hinaus wollen wir die Stadtbahn vom Güterplatz an oberirdisch weiter führen, um das Europaviertel zeitnah mit seiner städtebaulichen Entwicklung an das städtische ÖPNV-Netz anzubinden. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Nahverkehrs in der Hanauer Landstraße wird die dort verlaufende Straßenbahntrasse unterirdisch unter dem Ratswegkreisel hindurch geführt. Priorität hat für uns die Straßenbahnverbindung Mörfelder Landstraße/Stresemannallee sowie das Konzept für Quartiersgaragen. Der Beschluss zur Verlängerung der U-Bahnstrecke von der Bockenheimer Warte nach Ginnheim wird aufgehoben. Die Anbindung des Riedbergs an das Stadtbahnnetz wird schnellstmöglich realisiert.

Umwelt und Gesundheit

Der GrünGürtel wird erhalten und aufgewertet. Dabei sollen die Verknüpfungen mit dem Regionalpark erweitert werden, z.B. vom Riedberg in Richtung Oberursel, am Sulzbach entlang von Sossenheim in Richtung Sulzbach sowie im Süden am Main entlang in Richtung Offenbach. Bei solchen Erweiterungen und bei Ausgleichsmaßnahmen für Versiegelungen durch Bauprojekte werden die

Nutzflächen der Frankfurter Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe und ihre Bewirtschaftung gesichert. Als Alternative und um Ausgleichsmaßnahmen möglichst im Stadtgebiet realisieren zu können, wird der Stadtwald aufgewertet, werden Wildbrücken errichtet, Fließgewässer naturnah ausgebaut und weitere fischökologische Maßnahmen umgesetzt.

Für die Pflege der Grünflächen, Parks, Wallanlagen und Spielplätze wird mehr Geld zur Verfügung gestellt, um sie in einem angemessenem Zustand zu erhalten. Grünflächen werden in Zukunft anspruchsvoller und attraktiver gestaltet.

Der Botanische Garten wird für die Frankfurter Bevölkerung erhalten und mit dem Palmengarten und Grüneburgpark entsprechend der jetzt vorgelegten Studie zum Frankfurter Gartenreich verknüpft. Bei der Umgestaltung des Eingangs an der Siesmayerstraße werden die Kramerbauten erhalten und die Grünflächen erweitert. Zur künftigen Finanzierung wird das Modell mit der Senckenbergischen Stiftung gewählt.

Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist praktisch eine Pflichtaufgabe der Stadt geworden, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, die lokale Wirtschaft zu fördern und die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Die Kommune erstellt daher ein alle Handlungsfelder umfassendes Konzept zur Verminderung des Energieverbrauchs, zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zur Förderung erneuerbarer Energien. Ziele sind eine Verringerung des Energieverbrauchs in der Stadt um jährlich ein Prozent entsprechend einem Vorschlag der EU-Kommission und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um zehn Prozent in einem Fünfjahres-Zeitraum, wie im Klima-Bündnis der europäischen Städte vorgeschlagen. Neue städtische Gebäude werden möglichst nur noch in Passivhausbauweise errichtet. Um Erfolge nachprüfbar zu machen, wird alle zwei Jahre eine CO₂-Bilanz erstellt.

Der Beschluss, dass die Stadt und die städtischen Gesellschaften für ihre Fuhrparks nur noch Erdgasfahrzeuge kaufen und vorhandene Fahrzeuge mit Dieselrußfiltern nachrüsten, wird bekräftigt. Sobald der Bund eine Kennzeichnungsverordnung für Umweltzonen erlässt, werden schnellst möglich Umweltzonen in Frankfurt eingerichtet.

Die städtischen Kliniken Höchst bleiben als gemeinnützige GmbH in kommunalem Eigentum und werden auf der Basis des vorliegenden Wirtschaftlichkeitsgutachtens weiterentwickelt. Die „Frankfurter Klinikallianz“ als Kooperation der Krankenhäuser in öffentlicher Hand wird intensiviert und ausgeweitet.

In der Suchtpolitik wird der Frankfurter Weg fortgeführt. Dazu gehört unter anderem eine Ausweitung des im Bahnhofsviertel gestarteten Projektes „Offensive Sozialarbeit, Sicherheit, Intervention, Prävention“ auf andere Stadtteile, eine Erweiterung der Drogenpolitik um die Zuständigkeit für die legalen Süchte, eine Intensivierung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Ämter, die bessere Vernetzung stationärer und ambulanter Suchthilfeangebote und die Erprobung neuer Methoden in der Suchthilfe. Die ärztlich kontrollierte Heroinvergabe als Regelangebot wird gesichert. Ein Schwerpunkt soll auf der Früherkennung und Frühintervention sowie dem Ausbau der Suchtprävention und deren Verzahnung mit Musik- und Jugendkultur liegen. Die Leitlinien „Suchtprävention an Schulen“ und das vorliegende Suchtpräventionskonzept werden zeitnah umgesetzt.

Hilfsangebote für Personengruppen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, etwa Obdachlose oder Suchtkranke, werden weiter vorgehalten und noch enger mit den gesundheitspolitischen Angeboten verknüpft.

Sicherheit

Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Frankfurt ist in den vergangenen Jahren deutlich sauberer und sicherer geworden. Die Koalition wird den erfolgreichen Weg der Frankfurter Sicherheitspolitik in den nächsten fünf Jahren weiterbeschreiten und insbesondere die präventive Arbeit und die bundesweit anerkannten Kampagnen „Gewalt-Sehen-Helfen“ und „Gewalt ist nie privat“ intensivieren.

Um vor allem in den äußeren Stadtteilen die Sicherheit weiter zu erhöhen und zusätzliche Präsenz von Sicherheitskräften zu erreichen, wird zum 1. Januar 2007 der Freiwillige Polizeidienst in einer Stärke von 90 Personen eingeführt. Bis dahin werden geeignete Personen ausgewählt und ausgebildet.

Für die Sicherheit von Frauen und Mädchen werden die Gewaltschutzeinrichtungen in der Stadt erhalten und nachhaltig unterstützt.

Die Hilfs- und Rettungsdienste, besonders Feuerwehr, freiwillige Feuerwehren und Technisches Hilfswerk, sind unverzichtbar zum Schutz vor Naturgewalten wie Feuer, Wasser und Unwetter, aber auch zur Hilfe bei Unfällen oder gar Katastrophen. Die Stadt wird auch in Zukunft sicherstellen, dass die haupt- und ehrenamtlichen Helfer ihre Aufgaben erfüllen können.

Das geschieht durch die Bereitstellung von Grundstücken, Gebäuden, Ausstattung und finanziellen Mitteln.

Integration

Die erfolgreiche Integrationspolitik der Stadt Frankfurt wird fortgesetzt. Wir treten entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus ein. Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu allen Bereichen der Gesellschaft erhalten. Die Programme zum Erlernen der deutschen Sprache für Migrantenkinder und -eltern werden ebenso ausgebaut wie erforderliche Beratungsangebote. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird das Angebot an gezielten Qualifikations- und Beschäftigungsprojekten weiter verbessert. Im Gesundheitsbereich wird mehr interkulturelles Wissen verankert, Dolmetscherdienste und muttersprachliche Gesundheitsberatung sollen zum Standard werden. Die kulturelle Öffnung von Altenhilfeangeboten wird vorangetrieben.

Die soziale Lage von Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt leben, soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden. Hierfür wird ein Arbeitsgremium aus Vertreterinnen und Vertretern von Behörden und Institutionen der Wohlfahrtsverbände eingerichtet. Es hat die Aufgabe, praktische Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, wie diese Menschen Zugang zu einer medizinischen Grund- beziehungsweise Notfallversorgung bekommen und ihre

Kinder Kindergärten und Schulen besuchen können. Die Arbeit dieses Gremiums wird vom Dezernat für Integration koordiniert. Für Konflikte von Migrantinnen und Migranten mit städtischen Ämtern wird im Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine Ombudsstelle eingerichtet.

Tolerantes Frankfurt

Wir stehen dafür ein, dass Frankfurt eine lesben- und schwulenfreundliche Stadt ist und Diskriminierung und Missachtung von Lesben und Schwulen oder Gewalt gegen sie nicht geduldet werden. Nichtkommerzielle Einrichtungen für diese Bevölkerungsgruppen sollen weiterhin unterstützt werden. Dazu gehören Beratungsstellen und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche oder die Gründung des „Altenpflegayheims“.

Ortsbeiräte und Bürgerbeteiligung

Die Ortsbeiräte erhalten ein nach der jeweiligen Einwohnerzahl gestaffeltes Budget zur eigenständigen Umsetzung kleinerer Verschönerungsvorhaben.

Das erfolgreiche Modell der Ortsdiener wird in ein eigenständiges Programm der Stadt überführt.

In allen Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger unter einem besonderen, verbindlich angesetzten Tagesordnungspunkt Rederecht zu den jeweiligen Punkten der Tagesordnung.